



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 23. Mai 2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 26. Mai 2025

Fokusthema: **Geschäftsberichte von ZKB und EKZ**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagvormittag vor allem die Rechnungen und Geschäftsberichte der Zürcher Kantonalbank (ZKB) und der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) behandeln. Anschliessend stehen die Schlussabstimmung zu einer Änderung des Sozialhilfegesetzes und eine längere Debatte zur Umsetzungsvorlage zum Gegenvorschlag der «Anti-Chaoten-Initiative» auf der Traktandenliste. Danach diskutiert der Rat über eine PI zur Sozialhilfe und die Abschreibung eines Postulats. Bis zum Ende der Nachmittagssitzung wird der Rat voraussichtlich Vorstösse behandeln, welche die Sicherheitsdirektion betreffen.

Rechnungen und Geschäftsberichte von ZKB und EKZ sollen genehmigt werden

Als Schwerpunkt der Vormittagssitzung wird sich der Kantonsrat mit den Geschäftsberichten und den Jahresrechnungen der Zürcher Kantonalbank (ZKB) ([KR-Nr. 67/2025](#)) und der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) ([KR-Nr. 33/2025](#)) befassen. In beiden Fällen beantragt die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) einstimmig die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts sowie im Fall der ZKB auch des Nachhaltigkeits- und des Klimaberichts. Des Weiteren soll den Bankorganen die Entlastung erteilt werden. Vom Bilanzgewinn der ZKB von 1117 Millionen Franken sollen 184 Millionen Franken zugunsten des Kantons und 170 Millionen Franken zugunsten der Zürcher Gemeinden ausgeschüttet werden. Vom Bilanzgewinn der EKZ von fast 115 Millionen Franken sollen rund 26 Millionen Franken an den Kanton ausgeschüttet werden und rund 11 Millionen Franken als Ausgleichsvergütungen an die Gemeinden gehen. Obschon beide Geschäfte unumstritten sind, nimmt deren Behandlung im Rat erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch.

AWU-Präsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Schlussabstimmung zu Aufteilung der Aufgaben zwischen Sozialbehörde und Sozialdienst

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Sozialhilfegesetzes zu erwarten ([5940](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat hat in erster Lesung eine Gesetzesänderung beraten und über verschiedene Kommissions- und Minderheitsanträge abgestimmt, mit der im Sozialhilfegesetz eine klare Zuteilung der Aufgaben zwischen Sozialbehörde und Sozialdienst vorgenommen werden soll. Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Ein Antrag, auf die Vorlage nicht einzutreten, wurde mit 87 zu 81 Stimmen abgelehnt.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Umsetzung des Gegenvorschlags zur «Anti-Chaoten-Initiative»

Mit einer längeren Debatte ist bei der Umsetzungsvorlage zum Gegenvorschlag der «Anti-Chaoten-Initiative» zu rechnen. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) befürwortet den Vorschlag des Regierungsrates und beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, die Umsetzungsvorlage anzunehmen ([5960](#)). Die Stimmberechtigten hatten in der Volksabstimmung vom

3. März 2024 die Volksinitiative abgelehnt und dem Gegenvorschlag des Kantonsrates mit 63,8 Prozent zugestimmt. Um den Gegenvorschlag, der in der Form einer allgemeinen Anregung eingereicht worden war, umzusetzen, unterbreitete der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Umsetzungsvorlage. Diese sieht vor, dass die Polizei von der Verursacherin oder dem Verursacher eines ausserordentlichen Polizeieinsatzes Kostenersatz verlangen muss, wenn vorsätzlich gehandelt wurde. Zudem sollen Demonstrationen und Kundgebungen, die zu gesteigertem Gemeindegebrauch führen, neu einer vorgängigen Bewilligung durch das zuständige Gemeinwesen bedürfen. Die Kommissionsmehrheit steht hinter dem Vorschlag des Regierungsrates, um dem Volkswillen nach einer Verschärfung der Kostentragungspflicht gerecht zu werden, und erachtet die Vorlage als umsetzbar. Die Minderheit der Kommission (SP, AL, Grüne) beantragt, die Umsetzungsvorlage an den Regierungsrat zurückzuweisen oder abzulehnen. Dieser habe nicht hinreichend darlegen können, inwiefern eine vertiefte Auseinandersetzung zur Sicherstellung der Achtung der Grundrechte sowie des übergeordneten Rechts stattgefunden habe.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Minderheit SP: Leandra Columberg (SP, Dübendorf), 078 683 61 47

Kein horizontaler Lastenausgleich in der Sozialhilfe der Gemeinden

Mit der parlamentarischen Initiative (PI) betreffend «Faire und solidarische Sozialhilfe im Kanton Zürich» hat EVP-Altkantonsrat Walter Meier gefordert, mit einem horizontalen Lastenausgleich die Solidarität zwischen den Gemeinden zu fördern. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 204/2022](#)). Die Mehrheit der Kommission hat sich gegen die Einführung eines Fonds ausgesprochen. Sie will den relativ ausbalancierten Finanzausgleich nicht gefährden und lehnt auch eine Erhöhung des Staatsbeitrags ab. Eine Minderheit aus SP, Grünen, EVP und AL sieht die Notwendigkeit eines Ausgleichs. Sie wünscht sich mehr Solidarität zwischen den Gemeinden. Der Sozialhilfebezug in den Gemeinden sei eher vom zur Verfügung stehenden Wohnraum als von der spezifischen Arbeit der einzelnen Gemeinden abhängig.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit: Alan David Sangines (SP, Zürich), alan.sangines@sp9.ch

Dringliches Postulat betreffend Seepolizei-Posten soll abgeschrieben werden

Unumstritten dürfte am Montag die Abschreibung eines Postulats sein. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat denn auch einstimmig, das Postulat von SVP, FDP, Mitte, GLP und SP betreffend «Kantonspolizei Oberrieden, Seepolizei, Gesamtinstandsetzung (13043)» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 477/2022](#)). Unbestritten war in der Kommission die grundsätzliche Notwendigkeit einer Gesamtinstandsetzung des Polizeipostens. Die Kommission teilt die grundsätzlichen Kritikpunkte der Finanzkontrolle (siehe KR-Nr. 186/2024) sowie der Finanzkommission (siehe 5952) am Planungsprozess, steht dem aktuellen Bauprojekt jedoch grundsätzlich positiv gegenüber. Scharf kritisiert wurde hingegen die Tatsache, dass die gesamten Kosten für das Projekt als gebundene Ausgaben eingestuft wurden und damit in der alleinigen Finanzkompetenz des Regierungsrates liegen. Die Kommission ist der Meinung, dass mindestens ein Teil der Kosten als neue Ausgabe zu klassifizieren gewesen wäre.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Sollbestand der Kantonspolizei, straffällige Asylbewerber und Lenkungswirkung auf SUV

Bis zum Ende der Nachmittagsitzung wird der Rat voraussichtlich ein paar Vorstösse behandeln, welche die Sicherheitsdirektion betreffen. FDP-Kantonsrätin Barbara Franzen will den Regierungsrat bitten aufzuzeigen, wie der in der Kantonspolizeiverordnung geregelte Sollbestand der Kantonspolizei sukzessive aufgestockt werden kann ([KR-Nr. 286/2024](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das

Postulat entgegenzunehmen. Weil die AL den Vorstoss ablehnt, entscheidet der Rat erst nach einer Diskussion über eine Überweisung an die Regierung. SVP-Kantonsrätin Anita Borer hat dem Regierungsrat mit einer Interpellation verschiedene Fragen in Zusammenhang mit der Rückführung von straffälligen Asylbewerberinnen und -bewerbern gestellt ([KR-Nr. 373/2024](#)). Mit der Diskussion über die Antworten des Regierungsrates ist das Geschäft erledigt. Und Benjamin Krähenmann, Kantonsrat der Grünen, fordert mit einer Motion, dass die Verkehrsabgaben für Personenwagen so auszugestalten sind, dass sie eine Lenkungswirkung auf SUV haben ([KR-Nr. 392/2024](#)).

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Anita Borer (SVP, Uster), 079 665 44 27

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), 079 625 28 61

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12